



2021.02786

**P.P.** CH-1951  
Sion

Poste CH SA

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
(WBF)  
Herr Bundespräsident Guy Parmelin  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern



Unsere Ref. DWTI - SPR  
Ihre Ref. /

Datum 11. August 2021

### Stellungnahme zur Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. April 2021 haben Sie uns gebeten, zum titelerwähnten Entwurf Stellung zu nehmen.

Mit dieser Vorlage soll eine Regulierungsbremse eingeführt werden, die darauf abzielt, die Regulierungskosten für Unternehmen einzudämmen. Dazu sollen neue Erlasse, die Unternehmen stark belasten, im Parlament einem «qualifizierten Mehr» unterstellt werden. Die Einführung dieser zusätzlichen institutionellen Hürde bedingt eine Änderung der Bundesverfassung und des Parlamentsgesetzes.

Gemäss Einschätzung des Schweizer Gewerbeverbandes gehen durch Regulierungskosten jährlich zehn Prozent des Schweizer Bruttoinlandprodukts (BIP) verloren. Das sind aktuell etwa 60 Milliarden Franken. Betroffen sind insbesondere KMU, für welche sich Regulierungskosten wie Fixkostenbeiträge auswirken. Diese Kosten sind gebunden und können weder vom Unternehmer beeinflusst oder für die Entwicklung von Innovationen eingesetzt werden.

Da bereits Methoden zur Abschätzung der Regulierungskosten für Unternehmen bestehen, kann dem Parlament zudem aufgezeigt werden, welche Kosten durch seine Entscheide entstehen. D.h. das Parlament verfügt über mehr Informationen zur Entscheidungsfindung und kann seine Interessensabwägung einfacher durchführen.

Mit der Einführung eines «qualifizierten Mehr» lehnt man sich an das Prinzip der Ausgabenbremse an, mit welchem das Parlament bereits gute Erfahrungen sammeln konnte.

In diesem Sinne sind wir mit den vorliegenden Vorschlägen zur Einführung der Regulierungsbremse einverstanden und hoffen auf eine zügige Umsetzung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Staatsrates

Der Präsident  
  
Frédéric Favre



Der Staatskanzler  
  
Philipp Spörri

Kopie an [vernehmlassung.regulierung@seco.admin.ch](mailto:vernehmlassung.regulierung@seco.admin.ch)